

# Der fünfte Fluss

## **In Kimsakocha nahe der ecuadorianischen Stadt Cuenca lebt der Widerstand gegen ein Bergbauprojekt. Derweil will die Regierung die Ausbeutung von Rohstoffen weiter forcieren**

Von Frederic Schnatterer

Ein weißer Pick-up versperrt den schmalen Weg. Zwei mit schwarzen Halstüchern verummte Männer steigen aus. Kappe tief ins Gesicht gezogen, Sonnenbrille auf den Augen, stehen sie breitbeinig da. »Sie können hier nicht durch. Privatgelände«, sagt der eine. Der andere steht daneben und filmt die Szene mit dem Handy. Ohne vorherige Erlaubnis, so der Securitymitarbeiter, gehe es hier nicht weiter. Doch Lauro Sigcha ist das egal. Er sagt: »Ich war hunderte Male hier. Hier befinden sich unsere Wasserquellen. Das Land gehört uns.« Dann stapft er, die Hände in den Taschen, los. Vorbei an den Sicherheitsarbeitern, die per Walkie-talkie an ihre Vorgesetzten durchgeben, dass wir auf dem Gelände sind.

Über dem andinen Hochlandmoor Kimsakocha wabern Nebelschwaden. Die Landschaft ist karg, die Luft auf mehr als 3.800 Metern dünn. Buschige Gräser wiegen im Wind. Durchfräst sind die hügeligen Wiesen von Feldwegen, die das kanadische Bergbauunternehmen Dundee Precious Metals (DPM) angelegt hat. DPM möchte hier, rund 30 Kilometer südwestlich der ecuadorianischen Stadt Cuenca, Gold und anderes Erz abbauen. Sigcha und weitere in der Region fürchten, dass die geplante Mine die zahlreichen Wasserquellen von Kimsakocha verschmutzen wird. Aus ihnen beziehen mehr als 130.000 Menschen in der Region ihr Trinkwasser.

Sigcha lebt in Tarqui, gut eine halbe Stunde von Cuenca entfernt. Dort baut er auf einem kleinen Grundstück an einer vielbefahrenen Straße Gemüse an. Er stellt auch Joghurt her, den er mit Früchten versetzt, hält Hühner und züchtet Meerschweinchen zum Verzehr. Allerdings nur, wenn er die Zeit dafür findet. Denn meist ist Sigcha mit dem Kampf für den Schutz der Wasserquellen in Kimsakocha beschäftigt, und das seit vielen Jahren. Derzeit ist der 62jährige Vorsitzender des Verbands der indigenen und bäuerlichen Organisationen der Provinz Azuay (FOA).

### **Widerstand wirkt**

»Kimsakocha« bedeutet in der indigenen Sprache Kichwa »drei Lagunen«. Das Hochmoor speichert, einem natürlichen Schwamm gleich, große Mengen an Wasser. Hier entspringen mehrere Flüsse, drei in dem Gebiet, das für den Bergbau konzessioniert ist. Sigcha erklärt: »Genau hier, wo die großen Bohrungen für den Untertagebau geplant sind, liegen die Quellen.« Mit ernster Miene stapft er über das Moor, den Hut tief ins Gesicht gezogen. Jeder Schritt

muss gut überlegt sein, sonst sinkt der Fuß ein und der Schuh füllt sich mit Wasser. Mittlerweile ist der Himmel etwas aufgeklart. Über unseren Köpfen schwirrt eine Drohne, die die Sicherheitsleute steuern. Sie wird uns nicht mehr aus den Augen lassen, bis wir das Gelände der geplanten Mine verlassen haben. Sigcha nimmt's gelassen. Er ist die Einschüchterungsversuche gewohnt.

2021 erwarb Dundee Precious Metals das Projekt Loma Larga in Kimsakocha. Zuvor befand sich die Konzession in Händen anderer Konzerne. In den ersten fünf Jahren Minenlaufzeit sollen hier, so der Plan, durchschnittlich 200.000 Unzen Gold im Jahr gefördert werden. Hinzu kommen Kupfer und Silber. Vom Bau der Mine bis zur Schließung nach dem Ende der Förderung beträgt die Laufzeit des Projekts mindestens 16 Jahre. Die Investitionen belaufen sich auf 400 bis 500 Millionen US-Dollar. Auf der Unternehmenswebseite heißt es, Loma Larga stelle »ein hochwertiges Projekt in fortgeschrittenem Stadium« dar, das »das Potential für hohe wirtschaftliche Erträge birgt«.

Doch so wirklich viel ist im Hochlandmoor bisher noch nicht passiert. Neben den vom Unternehmen angelegten Wegen und vereinzelt Plastikmüll sind zwar an einer Stelle große Wassertanks zu sehen, etwas weiter zeugen Rohre im Boden davon, dass hier Probebohrungen durchgeführt wurden. Der geplante Untertagebau ist bislang jedoch nur Zukunftsmusik.

Das liegt nicht zuletzt am Widerstand – und daran, dass die ecuadorianische Regierung dem Projekt Ende 2025 die Umweltlizenz entzog, die erst wenige Monate zuvor erteilt worden war. Offiziell wurde der Schritt damit begründet, dass die Wasserquellen in Kimsakocha zu schützen seien. Der Auslöser dürfte allerdings ein Massenprotest gewesen sein, wie ihn die Stadt Cuenca noch nicht erlebt hat. Am 16. September 2025 gingen mehr als 100.000 Menschen gegen den Bergbau und für den Schutz der Wasserquellen auf die Straße. Die drittgrößte Stadt Ecuadors, die auch »Stadt der vier Flüsse« genannt wird, schwappte förmlich über vor Protestierenden.

»Die Demonstration erhielt schnell den Spitznamen ›Der fünfte Fluss‹«, schwärmt Sigcha. »Der fünfte Fluss, der über die Ufer tritt.« Für den Indigenenaktivisten ist es vor allem der Wunsch, die Wasserquellen zu schützen, der die Menschen mobilisiert hat. Er sagt: »In all den Jahren haben wir gelernt, dass es das Wasser ist, das uns Kraft und Identität verschafft. Wasser für die Landwirtschaft. Wasser für die Tiere. Wasser für die Pflanzen. Wasser, das wir ohne Bedenken trinken können.« Kurzum: »Ein Tag ohne Wasser wäre unmöglich.«

Dass in einer Stadt mit gut 400.000 Einwohnern mehr als 100.000 Personen auf die Straße gehen, ist bemerkenswert. Einen Anteil daran hatte auch José Astudilla, Professor an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität von Cuenca und im »Cabildo por el Agua«, dem Rat für das Wasser, aktiv. In seinem Arbeitszimmer sagt er: »Die Beziehung, die die Menschen in Cuenca zum Wasser haben, ist sehr eng.« Stadt und Land seien nicht derart getrennt wie in anderen Teilen Ecuadors. Auch deswegen sei es möglich gewesen, so viele Menschen für das Thema Wasserschutz zu mobilisieren.

## Fast wie in der Kolonialzeit

Den »Cabildo por el Agua« gibt es seit rund zehn Jahren. Aktiv sind heute neben Intellektuellen fast alle Teile der Stadtgesellschaft, darunter die katholische Kirche, Umweltschützer, linke Aktivisten. In den von Kolonialarchitektur geprägten Straßen sind Graffiti allgegenwärtig. Auf den Mauern steht »Gold kann man nicht trinken« oder »Finger weg von Kimsakocha«. Obwohl die Regierung in Quito dem Minenprojekt im vergangenen Jahr die Umweltlizenz entzogen hat, geht der Kampf für die meisten hier weiter.

Astudilla bezeichnet den Schritt als einen »Schachzug« der Regierung. »Die Aussetzung der Umweltlizenz bedeutet zunächst einmal nur, dass das Projekt auf Stand-by steht.« Er fordert, dass die Regierung die Bergbaukonzession in Kimsakocha für nichtig erklärt. Dass das aktuell unrealistisch ist, weiß der Wissenschaftler. Denn der ultrarechte Präsident Daniel Noboa sieht den Bergbau als zentral für die Entwicklung des Landes. »Praktisch der gesamte Süden des Landes ist konzessioniert, ebenso wie Teile von Amazonien«, sagt Astudilla. »Heute setzen wir wieder auf den Export von Gold und Silber, fast wie in der Kolonialzeit.«

Einer, der den Bergbau in Ecuador seit Jahrzehnten aus nächster Nähe betrachtet, ist Alberto Acosta. Während der ersten Jahre der Regierungen von Rafael Correa (2007–2017) war er Minister für Energie und Bergbau, als Vorsitzender der Verfassungsgebenden Versammlung spielte er eine zentrale Rolle bei der Verankerung der Rechte der Natur und beim Staatsziel des »Buen Vivir« (etwa: gutes Leben) in der Verfassung von 2008. Später kam es zum Zerwürfnis mit Correa; Acosta wurde zu einem vehementen Kritiker des Expräsidenten.

Heute sieht Acosta eine »besorgniserregende« Entwicklung im Bergbausektor. Er sagt: »Die Noboa-Regierung möchte den Abbau von Bodenschätzen um jeden Preis durchsetzen.« Im Juli 2025 legte der Präsident das Ministerium für Umwelt mit dem Energie- und Bergbauressort zusammen. Das bedeute »eine Schwächung des Umweltschutzes«, so Acosta. »Waren Umweltfragen zuvor schon nicht sonderlich wichtig, so sind sie es heute noch einmal weniger.« Anfang dieses Jahres legte die Regierung dann ein neues Bergbaugesetz vor, das es Investoren und Unternehmen weiter erleichtern soll, die zahlreichen Reichtümer des Landes auszubeuten.

Zentraler Bestandteil des Gesetzes, das unter dem Vorwand einer angeblich vorherrschenden »wirtschaftlichen Notlage« vorangetrieben wurde, ist es, die Vergabe der nötigen Berechtigungen zu beschleunigen. Fortan soll nur noch eine Umwelterlaubnis und nicht mehr eine -lizenz während der Explorationsphase eines Bergbauprojekts notwendig sein. Das, sagt Acosta, sei einer von »zahlreichen Mechanismen, um die Ausweitung des Bergbaus im Land zu beschleunigen. Kontrollen werden abgebaut, und wenn sich der Staat nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des Antrags äußert, gilt das Vorhaben als genehmigt.«

## **Drohung per Gesetz**

Dramatisch ist auch ein weiterer Absatz im Gesetzestext. Vorgesehen ist danach die Schaffung von Gebieten, in denen als »strategisch« bezeichnete Bergbauprojekte besonderen Schutz erhalten. In Bergbaugebieten, »in denen kriminelle Gruppen präsent sind, werden die Streitkräfte im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen und gesetzlichen Befugnisse Unterstützung leisten, bis die Bedrohung beseitigt und die normale Lage wiederhergestellt ist«, heißt es dort. Acosta spricht von der Gefahr, dass »ganze Regionen militarisiert« werden könnten. Wer als »kriminelle Gruppe« definiert wird, ist bewusst schwammig gehalten. Widerständige wie Sigcha befürchten, dass gerade sie damit gemeint sein könnten.

Während die Drohne über unseren Köpfen ihre Runden dreht, erzählt der Aktivist, er und seine Mitstreiter seien schon jetzt Repression und Verfolgung ausgesetzt. »Unter der amtierenden Regierung werden wir immer wieder direkt bedroht. Dazu kommen Strafverfahren wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung.« Gewonnen ist der Kampf gegen das Bergbauprojekt in Kimsakocha noch lange nicht.

*<https://www.jungewelt.de/artikel/526538.indigener-protest-der-fünfte-fluss.html>*